der springende punkt



Nr. 13

Stichtag 28.11.77:



Nov. 77

Die Zeichen stehen auf Sturm!!

Zum Streik im WS :

Noch am Ende des Sommersemesters, nachdem der bundesweite PJ-Streik nicht die Durchschlagskraft aufgebracht hatte, um unsere Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag (ATV) im PJ auch nur in Teilbereichen durchzusetzen, hat das neu gewählte Studentenparlament der MHL e i n s t i m i g einen Aufruf zu Urabstimmung und Streik im WS verabschiedet.

Damit ist eins klar : weder Ordnungsrecht noch hohle Reden und auch die Sturheit der Regierung werden uns von der Fortführung unseres Kampfes für den ATV abhalten!

Bisher war es oft schwer, den Zusammenhang zwischen dem PJ, der Approbationsordnung und dem Hochschulrahmengesetz klar zu machen. Mit der AO-Novellierung, die Verkürzung der Ausbildungszeit, Anhebung der Fächerzahl, der Praktika und Famulaturen, sowie der Prüfungsfragen mit sich bringt und schließlich neben den Pflichtvorlesungen auch die Regelstudienzeit einführt, wird das Grundprinzip des HRG :" Rationalisierung des Studiums" überdeutlich.

Um den zu erwartenden Widerstand der Studenten gleich im Ansatz zu ersticken, wird in einer HSG- Novellierung für Schleswig-Holstein das Ordnungsrecht im Schnellverfahren eingeführt- einen Schutz vor Rausschmiß von gewählten Vertretern, wie er von den Gewerkschaften in den Betrieben erkämpft worden ist, gibt es an den Hochschulen natürlich nicht.

Präsident Klinke lakonisch dazu: Streik und Aussperrung (damit meint er das Ordnungsrecht!!!) gehören zusammen, wie Apfel und Ei, äh, wie Huhn und Ei!

A b e r : die Herren im Präsidium, beim KuMi in Kiel und die HRG- und AO- Verantwortlichen in Bonn werden sich täuschen. Wir Studenten werden uns dem Druck nicht beugen!

Studium kann für uns nicht heißen: Hetze, Leistungsdruck und Konkurrenz, zunehmende Entmündigung (Mitbestimmung findet man im HRG nur auf der Witzseite), zu wenig BaföG und alles unter dem Damoklesschwert Ordnungsrecht!

Deshalb werden wir mit allen Hochschulen der BRD gemeinsam am 28.11. in den Streik treten.

Wir haben im letzten Streik viel falsch gemacht (-immerhin war es der erste Streik an der MHL!)- und es bleibt viel zu tun, die Probleme zu diskutieren und aus den Fehlern die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Auf der VdS-Fachtagung in Gießen am 5.11. werden wir uns mächtig ins Zeug legen, damit ein einheitlicher Streikbeginn am 28.11. erreicht wird. Die bundesweite Koordinierung aller medizinischen Fachbereiche war ein Erfolg im SS. Der nationale Streik muß die mächtigste Demonstration studentischen Widerstandes gegen die Umsetzung des HRG und seiner geistigen Kinder (AO,PJ) werden!

Wir werden unseren Teil dazu beitragen !



ASTA der Medizinischen
Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
2400 Lübeck
0451/50012472



Novellierung der Approbationsordnung



Seit langem drängen die Studenten, die verschiedensten Verbände und Ministerien auf eine Änderung der seit 1970 gültigen Approbationsordnung (AO). Auf die Forderungen aller Interessensgruppierungen (Westdeutscher Medizinischer Fakultätentag, Wissenschaftsrat, Deutscher Ärztetag) wurde eingegangen, nur den Forderungen der Medizinstudenten wurde keinerlei Beachtung geschenkt. So wurde eine Novellierung entworfen, ~~dessen~~ deren Inhalte für sich sprechen:

1.) Einführung der REGELSTUDIENZEIT nach dem HRG.
2.) Einführung von PFLICHTVORLESUNGEN neben den Pflichtpraktika.
3.) Ausweitung der zentralen schriftlichen Prüfungen.
4.) Ausweitung der Famulatur auf 3 Monate.
5.) Einführung neuer Pflichtpraktika.

Den zentralen Punkt dieser Novellierung bildet die Einführung der REGELSTUDIENZEIT nach dem HRG. Dies bedeutet, daß sich in Zukunft jeder Student nach dem 4.Semester zur Ärztlichen Vorprüfung, nach dem 6.,10., und 12. Semester zu den jeweiligen Abschitten der ärztlichen Prüfung melden muß. Bei Versäumnis der Meldefrist, bzw. beim Fehlen der erforderlichen Nachweise wird die Zulassung nicht erteilt, was den Ausschluß vom Studium nachsichzieht. Die Konsequenzen dieser Regelung für den Inneren NC dürfte angesichts der Tatsache, daß viele Praktika ständig verschärft werden, jedem einsichtig sein. Politisches Engagement durch Arbeit in den Verfaßten Organen der Studentenschaft oder in den Gremien der Hochschule werden durch diese Verschärfung des Leistungsdrukkes beinah unmöglich. Auch über die Hochschule hinausgehende Aktivitaten dürften wohl nur noch in beschränktem Maße möglich sein.

Mit der Einführung der PFLICHTVORLESUNGEN im Rahmen der Regelstudienzeit wird die Verschulung des Medizinstudiums nunmehr perfekt. Gleichzeitig soll die praxisnahe Ausbildung in kleinen Gruppen weiter eingeschränkt werden, indem man zu Massenveranstaltungen mit Anwesenheitspflicht zurückkehrt. Begründung des Ministeriums: 'Insbesondere die ansteigende Zahl der Medizinstudenten läßt es wünschenswert erscheinen, daß die systematische Vorlesung zum Pflicht bestandteil der Ausbildung gemacht werden kann.'

Durch Umlagerung und Erweiterung des Prüfungsstoffes erhöht sich die Fragenzahl der ersten ärztlichen Prüfung von 240 auf 290, die der Zweiten von 500 auf 500 auf 580.

Weiterhin werden zwei neue Pflichtkurse vor geschrieben: Kursus der Med. Soziologie (Vorklinik), Kursus der Allgemeinmedizin (bis zum 2.Teil). Diese Kurse können eine Bereichrung des Medizinstudiums darstellen. Doch die Erfahrung lehrt, daß an vielen Universitäten aus personellen und finanziel len Gründen die Durchführung dieser Kurse nicht zu gewärleisten ist. So wird der Student die Regelstudienzeit im Nacken noch mehr Fakten am eigenen Schreibtisch pauken müssen.

Die Erweiterung der Famulatur ist von dem Pflichtcharakter einmal abgesehen auch zu begrüßen, doch wird dann einem auf Nebenerwerb angewiesenen Studenten, kaum noch die Einhaltung der Regelstudienzeit zuzumuten sein! Ein sozialer NC kann kaum funktionsfähiger eingerichtet werden.

Zu guter letzt ist das Ministerium auch auf das PJ eingegangen. Das Praktische Jahr wird auf 48 Wochen verkürzt um so das Ministerium 'zusätzliche Zeit für den Erholungs urlaub zu gewinnen'. In Wahrheit hat sich herausgestellt, daß der Beginn des PJ mit dem 1.April zu kurz befristet ist, da zu diesem Zeitpunkt die Ergebnisse des 2. Teils der Ärztlichen Prüfung noch nicht

vorliegen. Eine Verschiebung des Pj um 4 Wochen hätte unnötige Kosten in der Ausbildung verursacht. Das einfachste um Ausbildungskosten zu sparen ist es nun einmal, Ausbildung zu kürzen. - Sonst nichts zu der ganzen Problematik des PJ. Denjenigen, die immer noch glauben durch 'Gespräche' mit dem Ministerium seien Erfolge zu erzielen, seien die 8 Zeilen genannt, in denen sich das Ministerium ausschließlich mit den Forderungen der Studenten auseinandersetzt:'Die praktische Ausbildung im letzten Jahr des Medizinstudiums war in der letzten Zeit Gegenstand von zahlreichen Diskussionen und Resolutionen. Ein Teil der Studentenschaft spricht sich, unterstützt auch von Hochschullehrern, für eine Umgestaltung der praktischen Ausbildung, die nach geltendem Recht Bestandteil des Studiums ist, in ein Praktikum mit dem Ziel einer Sicherung von Vergütungsansprüchen und Mitwirkungsrechten in den Personalvertretungen der Krankenanstalten aus.' Sonst kein einziges Wort. Wie soll man das anders interpretieren als einen (ungewollten) Aufruf des Ministeriums zu einem erneuten Streik der Medizinstudenten im Wintersemester 77/78 ?

DAS „ZENTRUM" IM ZENTRUM

Das Studentenzentrum versteht sich als Begegnugs und Kommunikationsforum für die Lübecker Jugendlichen im Allgemeinen und die ~~Lüeker~~ Studentenschaft im Besonderen. Finanzielle Unterstützung erhält dieser Club für Studenten Und Interessierte von Seiten des "Vereins der Freunde und Förderer der MHL e.V.". Die Organisatorischen Notwendigkeiten und die inhaltliche Gestaltung besorgen freiwillige Mitarbeiter.

Alternative zur „Kneipe"

Dieses Prinzip der Selbstverwaltung ermöglicht einen unkomplizierten und effektiven Geschäftsbetrieb und erlaubt es, den Interessen und Bedürfnissen des Publikums gerecht zu werden. Insofern genügt das "Zentrum" wohl eher als manche andere Kneipe seinem Anspruch, sich hinsichtlich seiner Gestaltung am Publikum zu orientieren. Nicht Konsum und Beutelschneiderei sondern vielmehr Kommunikation und die unumgängliche Selbstkostendeckung sind maßgebliche Kriterien für Zielsetzung und Organisation .

Jeden Tag was Neues

Vor diesem Hintergrund verwundert es denn auch nicht, daß das "Zentrum" es sich erlaubt mit seinen Preisen deutlich unter dem Niveau vergleichbarer Etablissements zu liegen. Doch was wohl mehr zählt, ist eine Programmgestaltung, die dem breiten Interesse an abwechslungsreicher Unterhaltung entspricht. So sieht z.B. die jetzige Woche im "Zentrum" Folgendes an Veranstaltungen vor:

- Dienstag ,21h: Theateraufführung der Kulturinitiative "WECHSELSPIEL"
- Mittwoch ,20h: erstmalig ahf vielfache Anregung-KAMINABEND mit Warmen Getränken verschiedensten Gehalts
- Freitag ,21h: FOLK LIVE (s. Ankündigung)
- Samstag ,20h: SEMESTERBEGRÜßUNGSFEIER für Studenten der MHL und FHS--als geschlossene Gesellschaft gedacht deshalb ausnahmsweise Studentenausweis mitbringen

Sm.

Desweiteren ist für die nächste Woche eine AKTIONSWOCHE geplant - anläßlich des 10-jährigen Bestehens des "Zentrums". Es sollen Filme gezeig Theaterstücke aufgeführt und viel Musik gemcht werden (Näheres wird auf einem Extra-Blatt angekündigt)

Nicht zuletzt die populäre und vielfach auch anspruchsvolle Musik bekannter Gruppen, wie sie regelmäßig freitags und gelegentlich samstags geboten wird, haben das "Zentrum" in Lübeck bekannt und attraktiv werden lassen für den obligatorischen Kneipenbesuch am Wochenende. Und wer des Öfteren diese Gelegenheit ergriffen hat, wird bestätigen können, daß sich ein Eintrittspreis von 3,-DM bescheiden ausnimmt verglichen mit denen andernorts.

Um sich überflüssige Worte zu ersparen, sei es empfohlen, gerade das Programm dieser Woche zum Anlaß zu nehmen, ins "Zentrum" zu gehen und sich selbst ein Bild seiner Eigenarten und Besonderheiten zu machen.

<u>Die wichtigsten Daten:</u>

- WO? : Alfstr.32 (kleine Querstr; i.d. vom Schabbelhaus)
- WANN? : täglich außer Montag ab 20h geöffnet
- WAS? ? jeden Di.: Aufführung der "WECHSELSPIEL"
  jeden Mi.: KAMINABEND
  jeden Fr.: LIVE - MUSIK
  jeden Sa.: wie Freitag oder Discothek
  (ansonsten und Näheres siehe ausliegende Handzettel)

Nicht vergessen :

Samstag, den 12.11.77 20.00 h

Semesterbegrüßungsfeier !!

JAGDSZENEN AUS WESTDEUTSCHLAND

In einer beispiellosen Hetzkampagne dreschen die Reaktionäre seit Wochen auf alles ein, was irgendwo links vom rechten Flügel der SPD angesiedelt ist. Selbst liberale Intelektuelle wie Böll, Grass, Gollwitzer, Luise Rinser etc. werden als "geistige Wegbereiter des Terrorismus" diffamiert. Ein Interview mit Böll darf im Bayrischen Rundfunk nicht gesendet werden. Luise Rinser darf eine Vortragsreihe in Volkshochschulen nicht weiter durchführen!!

BAYERNKURIER

DER FALL BÖLL

Selbstgerechter Sympathisant

... Böll war sich schon mit der APO und der daraus entstandenen Neuen Linken in der Auflehnung gegen diesen Staat einig. Er trug seinen Anteil dazu bei, unseren Staat abzuwerten und verächtlich zu machen und linksextremistische Aktivitäten und Ausschreitungen als Zeichen kritischen Geistes hoffähig werden zu lassen. ...

Die heute zu beklagende Eskalation des Terrors, die offen zutage tretende Hilflosigkeit der Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien SPD und FDP sind das Ergebnis eines Prozesses, der von Böll und seinen Gesinnungsgenossen zum Teil initiiert, zum anderen mitgetragen und unterstützt wurde und den sie nun auch mit zu verantworten haben werden. ...

Im Rahmen dieser Hexenjagd gegen Intelektuelle Linke + kritische Stimmen spielen die Hochschulen natürlich eine besondere Rolle:

Nachdem manche Beobachter den Unmut an den Hochschulen wachsen sehen und sogar eine neue Studentenrevolte à la '68 für möglich halten muß die Reaktion sich was einfallen lassen , um die Artikulation von Kritik und die Wahrnehmung demokratischer Rechte durch die Studenten von vornherein als bevölkerungs- und staatsfeindlich, kommunistische glenkt, ja terroristisch darzustellen.

Die Terrorakte der letzten Zeit lieferten da genug Munition besonders nachdem einige völlig isolierte "undogmatische Frühlings"-pflänzchen mit Buback - u. Schleyer-Flugblättern greifbare Vorwände zur Diffamierung der gesamten Studentenschaft geliefert hatten.

Da nützt es auch wenig, daß sich die VDS, der gewählte Dachverband der 850 000 Studenten, mit Nachdruck und wiederholt von jeglicher Sympathie mit der Terrorszene distanzieren.

Hier sollen einige Zitate aus der Presse den letzten Wochen dokumentieren mit welchen Methoden Informationen verfälscht werden und welche Aussagen damit erzielt werden sollen.

Dichtung...

Kommentar der Abendpost Nachtausgabe 29.9.77

Kranke Gehirne

Vor der Eingangstür eines Versammlungsraumes in Gießen lag eine schwarzrotgoldene Fahne als Fußabtreter, im Innern waren Schleyer-Karikaturen ausgehängt. Es tagten die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) angeblich Dachverband aller Studierenden, in Wirklichkeit eine linksextremistisch unterwanderte Minderheit.

Der aktuelle Vorfall in Gießen ist bezeichnend für den pathologischen Zustand dieser Leute und — leider — auch für die deutsche Szene. In Frankreich, Italien und wo auch immer würde sich niemand eine Beschmutzung der Landesfarben erlauben, bei uns gehören Rohheit und Niedertracht zum Alltag. Und Dummheit.

... und Wahrheit

Vorwärts 13.10.77

Union am Köder des KBW

Eklat um das BAföG-Hearing
Von Ulrich Rosenbaum

In ihrem blinden Eifer, die Hochschulen als „Brutstätten des Terrorismus" zu diffamieren, bringt die CDU/CSU nun auch die soziale Förderung der Studenten in Gefahr. Weil ihr nicht genehme Studentenvertreter geladen waren, boykottierte die Union ein Bundestags-Hearing zur Ausbildungsförderung.

Eine mißlungene Provokation des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) wurde am Ende doch noch ein Erfolg — dank der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. KBW-Leute hatten während der Delegiertenversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) in Gießen eine schwarz-rot-

...

Nicht zur Kenntnis nehmen wollte die Union, daß die VDS auf jener Mitgliederversammlung [illegible] von Buback als [illegible] Mord [illegible] die Entführung [illegible] Die [illegible] den Terroristen [illegible] hatte. ...

[illegible] gelbe Fahne als Fußabtreter [illegible] und Karikaturen aufgehängt, die [illegible] kundig [illegible] Schleyer verhöhnen sollten.

Der VDS-Vorstand [illegible] bedauerte den Vorfall. [illegible] politiker gaben keine Ruhe, [illegible] eine Affäre zu machen. Im [illegible] ausschuß für Bildung und Wissenschaft verlangten sie, die VDS, [illegible] für rund 850 000 deutsche Studenten von einem Hearing über das Ausbildungsförderungs[illegible] wieder auszuladen. Die [illegible] heit lehnte dies ab, [illegible] Hintergründe des Gießener [illegible] festgestellt hatte, [illegible] VDS-Vorstand beim [illegible] Meinecke (SPD) [illegible] KBW-Aktion distanziert hatte.

Der CDU/CSU ging es aber [illegible] nicht recht um Wahrheitsfindung, sondern darum, die VDS in die Nähe der Terroristen zu [illegible] ...

VDS soll geächtet werden

CDU/CSU: Skandalöse Vorfälle bei der Mitgliederversammlung

Typischer Artikel zur VDS-MV Generalanzeiger Wuppertal 29.9.77

Bonn (AP). Die CDU/CSU und der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) haben Bundesregierung, Bundestag, Presse und Öffentlichkeit aufgefordert, die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zu ächten. Sowohl der bildungspolitische Oppositionssprecher Pfeifer als auch der RCDS-Vorsitzende Pflüger forderten gestern in Bonn, die VDS nicht mehr als Dachverband der Studenten anzuerkennen und der Organisation jede Legitimation zu entziehen, für die deutsche Studentenschaft zu sprechen.

Zur Begründung ihrer Forderung führten Pfeiffer und Pflüger Vorfälle auf der VDS-Mitgliederversammlung in Gießen an:

- Die deutsche Fahne sei mit ausdrücklicher Billigung des Tagungspräsidiums als Fußabtreter vor der Eingangstür des Versammlungssaals ausgelegt worden.
- Im Versammlungsraum seien provokativ Karikaturen, die den entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer darstellen, aufgehängt worden.
- Anträge, die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback und Bankier Ponto sowie die Entführung Schleyers vorbehaltlos zu verurteilen, seien abgelehnt worden.

Geschmacklosigkeit und müsse als Sympathiebekenntnis zu den Terroristen bewertet werden, erklärte Pfeifer und forderte die zuständige Staatsanwaltschaft auf, strafrechtliche Schritte einzuleiten. Darüber hinaus werde die CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft verlangen, daß die Einladung der VDS zu einer Anhörung in der kommenden Woche zurückgezogen werde und der Verband auch künftig keine Möglichkeit mehr erhalte, im Namen der Studentenschaft Meinungen vorzutragen. Pflüger forderte zudem alle Allgemeinen Studentenausschüsse der Bundesrepublik zum

die als skandalös bezeichneten Das [illegible] Maß an Austritt aus der VDS auf.

So oder ähnlich war die „übliche" Berichterstattung der Presse ...

Filbinger: „Das sumpfige Umfeld des Terrorismus austrocknen"

Die oben geschilderte Hetze hat System; Es geht nicht nur um dan Hobby Rechter, mit Lügen und Entstellungen der Bevölkerung die Gleichung "Gesellschaftskritik = Terrorismus" zu suggerieren, sondern dieses Klima soll gezielt dazu benutzt werden, demokratische Errungenschaften abzubauen:

Ein wichtiges Etappenziel der Reaktion: Entpolitisierung der Universitäten

In Baden-Würthenberg will die Filbinger-Regierung mit dem neuen Landeshochschulgesetz (LHG) die Verfaßte Studentenschaft (VS) abschaffen! Filbinger (18.8.77): "Wir dürfen die zynischen Mißbräuche nicht mehr länger dulden, gerade in dieser Gegenwart nicht, in der es zu einer Lebensfrage der Nation geworden ist, das sumpfige Umfeld des Terrorismus auszutrocknen".

Filbingers tatsächliche Motivation, nämlich den Einfluß kritischer Gruppen zurückzudrängen spricht er unverblümt auf einem Bezirksparteitag aus: Verfaßte Studentenschaften seinen ihm schon recht, wenn es gelänge "mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schülerunion die ASten zu besetzen" (FAZ 16.9.77) Da mit demokratischen Wahlen an den Hochschulen die Kritik nicht kleinzukriegen ist, lehnt die CDU auch den SPD-Vorschlag ab die Studenten in einer Urabstimmung (wie 1973 in Schleswig-Holstein) den Fortbestand der VS entscheiden zu lassen. (Stuttg.Ztg. 28.9.77)

Mit dieser Radikalkur steht der Landesfürst aus Deutsch-Süd-West allerdings recht isoliert da: Allein (Django)-Dregger lieferte verläßliche Schützenhilfe und kündigte im Fall eines Wahlsieges der CDU in Hessen 1978 ebenfalls eine "neue Lösung für eine freiheitliche Studentenvertretung an(FR 20.8.77)

Hingegen:

- SPD + FDP im Landtag
- die Rektoren der Universitäten
- maßgebliche CDU Bildungspolitiker (auch BA-WÜ-KuMi Hahn?)
- große Teile der rechten Presse
- RCDS + Junge Union

plädieren, m ist aus taktischen Gründen, für die Beibehaltung der VS: Solch lautstarke Kraftakte würden nur die ahnungslosen Studenten in immer tiefere Solidarisierung mit den kommunistischen Wölfen treiben, während schleichender Abbau der Möglichkeiten der VS viel wirkungsvoller sei:

- durch verschärfte Finanzkontrolle, den ASten die Möglichkeit zu politischen Äußerungen zu nehmen (z.B. Vorschlag des RCDS, LHG-Novelle in Schleswig-Holstein)
- mit Gerichtsurteilen Stück für Stück die VDS + ASten kaputt zu klagen (RCDS Parole "klagt die VDS kaputt")
- "politische Bildudung" aus dem Aufgabenkatalog Der Studentenschaften zu streichen, um

die " überhitzte politische Atmosphäre an den Hochschulen" zu dämpfen und die Rückkehr zu nüchternem und harter Arbeit zu erzwingen (CDU-MRW nach WAZ 29.9.77)
Bei so wenig Gegenliebe im bürgerlichen Lager scheinen die geplanten Aktionen der BaWü-Studenten für ihre Interessenvertretungsorgane nicht ohne Erfolgsaussichten.
Wir sollten unseren Teil dazu beitragen, durch einen entschlossenen HRG-PJ-Streik zu einer bundesweiten Solidarität zu kommen. Denn dieser Schlag gegen die VS steht natürlich in der Linie des HRG. Dort heißt es im §41: Das Landesrecht kann Studentenschaften vorsehen. Damit ist die Abschaffung der VS als Möglichkeit der " Befriedung der Universitäten" eröffnet.

15.9.77 GÖTTINGEN

Der niedersächsische Wissenschaftminister Pestel verbietet dem AStA der Uni Göttingen "bis auf weiteres" die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte

- Die Büroräume + die Druckerei des AStA werden durchsucht
- Die AStA Mitglieder ausgesperrt
- Ein Staatskommissar eingesetzt

Vorwände

Wie 3 Monate zuvor beim "Buback-Nachruf" nutzten Pestel + Albrecht ein Flugblatt der Sponti-Gruppe "Bewegung undogmatischer Frühling (BUF)-Mescaleros" für einen Angriff auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft Göttingen; Um das Flugblatt (Überschrift: Schleyer: kein Nachruf) einer Hochschulgruppe dem AStA anlasten zu können, wurden 3 Behauptungen (bewußt) konstruiert.
hauptungen konstruiert.

1. Der AStA sei Mitherausgeber des BUF-Flugblattes
   - Tatsache ist aber
     das BUF-Info Nr. 3 ist unterzeichnet
     "BUF c/o AStA der Uni
     34 Göttingen"
     c/o - Bezeichnungen sind anerkanntermaßen pastalische Adressenangaben.(In Göttingen ist der AStA für etliche Gruppen + Initiativen postalische Anlaufstelle)
2. Der AStA habe das Flugblatt in seiner Druckerei drucken lassen
   - Tatsache ist aber
     Das Flugblatt ist dort nicht gedruckt worden (AStA-Presseerklärung v.15.9.77, und selbst wenn
     Die AStA-Druckerei steht jedem offen ohne daß sich der AStA mit jedem Druckauftrag inhaltlich identifiziert.
3. Der AStA habe das Flugblatt verbreitet
   - Tatsache ist
     Diese schwerwiegende Behauptung stützt sich darauf, daß im Vorraum des AStA 11 und im AStA-Büro weitere 22 Exemplare gefunden wurden (von der Auflage 12
     11 und im AStA-Büro weitere 22 Exemplare
     gefunden wurden (von der Auflage 1200)

Die FAZ meint zu diesen juristisch unhaltbaren Konstruktionen: Pestel "ließ sich nicht behindern davon, daß möglicherweise die Justiz ihm in den Arm fallen wird."
Und auch Pestel's Staatskommissar, der nun in den AStA-Räumen residiert, hat Gewissensbisse.

KN vom 21.10.77

Staatskommissar kritisiert Göttinger AStA-Amtsenthebung

Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel bezweifelt

Göttingen (pid) Gegen die Amtsenthebung des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) an der Universität Göttingen hat der von der Landesregierung eingesetzte Staatskommissar Andreas Kehler überraschend „rechtliche Bedenken" erhoben.

In einem internen Schreiben an den Göttinger Universitätsrektor, das jetzt bekannt wurde, richtet sich der 33jährige Regierungsrat vor allem gegen die Behauptung der Staatsanwaltschaft, des Rektorats und der Landesregierung, daß der AStA Anfang September in seinem eigenen Druckzentrum das umstrittene „Schleyer-Info" der Studentengruppe „Bewegung undogmatischer Frühling" (BUF) gedruckt haben soll.

Mit diesem Verdacht war Mitte September die Amtsenthebung des AStA begründet worden. Außerdem bezweifelt der Regierungsrat, daß be[i] der Amtsenthebung die Verhältnis[-]mäßigkeit der Mittel gewahrt wurde. „Sollten diese Bedenken als nich[t] durchgreifend angesehen werden", schreibt Kehler weiter, so bitte e[r] darum, schriftlich von der Verant[-]wortung für die Rechtmäßigkeit sei[-]ner dienstlichen Handlung al[s] Staatskommissar befreit zu werden.

In seiner detaillierten Stellu[ng]nahme schreibt der Staatskommiss[ar] im einzelnen, es sei „nach meine[r] Überzeugung unrichtig", die angeb[-]liche Beteiligung des AStA am Druc[k] des „Schleyer-Infos" mit einem i[m] AStA-Büro sichergestellten Druc[k]auftragsformular beweisen zu wol[-]len. Der Beleg beurkunde lediglich, daß ein Druckauftrag erteilt worde[n] sei, weise jedoch „keinesfalls auf di[e] Erledigung und Abholung de[r] Druckwerke" hin.

Doch nicht nur dem AStA dies Flugblatt anzuhängen,forderte den Ideenreichtum der Landesregierung heraus.
Im Flugblatt mußten ja auch "klare Verstöße gegen Strafbestimmungen, insbesondre gegen die Strafgesetzbuchparagraphen 88a (publizistische Befürwortung von Gewalttaten), 90a (Verunglimpfung des Staates) 185 und 186 (Beleidigung)" ("FR" 17.9.77) aufgespürt werden, um solch gravierende Eingriffe wie die

Suspendierung des AStA (unter dem "Schutz" von 4 Hundertschaften !!! Bereitschaftspolizei rechtfertigen zu können.
Es lohnt sich nicht dieses recht dümmliche Flugblatt hier zu zitieren, doch ein Bonbon zur Anwendung des §§ 88 StGB "Befürwortung von Gewalt":Die Spontis fordern, das BKA paritätisch mit Stadtindianern zu besetzen, sonst " werden wir irgendeine Stelle in der BRD mit Lollies bewerfen". Das Wissenschaftsministerim dazu: es seien keine Dauerlutscher gemeint, "sondern Mollies, also Molotow-Cocktails, also Bomben" (FR 17.9.77)also Befürwortung von Gewalttaten.

Angst vor studentischen Wahlen

Mit ausgetüftelten Tricks soll auch verhindert werden, daß bald ein neuer "unschuldiger" AStA gewählt wird: Der AStA wurde nicht amtsenthoben, sondern suspendiert, also gibt es nicht sofort Neuwahlen, sondern erst turnusgemäß im Jan. 78. Für das WS 77/78 besonders zum HRG-Streik will Pestel die Göttinger Studenten lähmen.
Reichlich naiv, wenn man an die letzte große Amtsenthebung in Marburg denkt:
Dort gab es Massendemonstrationen + Veranstaltungen bis zur Wiedereinstellung des AStA per Gerichtsbeschluß.

Angriffe auf das Politische Mandat — juristisch verbrämte Politik

zu den Gerichtsurteilen:

Die neuesten Maulkorburteile zum Politische Mandat haben's in sich:

28.6.77 Der AStA Münster wird nach Klage von RCDS-Mitgliedern zu 60 000 DM (mit früheren Urteilen jetzt insgesamt 106500 DM) Geldstrafe verurteilt unter anderem wegen

- Chile Solidaritätserklärung
- Sammlung zur Hilfe für Erdbebenopfer in der Ost-Türkei (zusammen mit DGB)
- Stellungnahme zur Kernenergie
- Information über Aufruf "Beendet das Wettrüsten"

etc.

13.7.77 Das Verwaltungsgericht Schleswig - auch für Lübeck zuständig - folgt der Klage mehrerer RCDS-Mitglieder und verurteilt den AStA der Uni Kiel zur Unterlassung politischer Aussagen. Für jede Äußerung sind Ordnungsgelder in Höhe von 5000 DM angedroht.
Weiterhin wird der AStA verpflichtet sofort aus der VDS auszutreten (weil die nämlich auch politische Aussagen macht - igitt,igitt!!).

Es ist inzwischen wohl jedem klar, daß diese Politik der Gerichtsurteile den ausschließlichen Zweck hat Zweck hat kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Immer künstlicher werden die angewandten juristischen Konstruktionen, die mehr ein Licht auf ihre Autoren denn auf das Politische Mandat werfen.

Ein Wort noch an all jene Leute,die da meinen ,das politische Mandat sei nicht notwendig,da ja die einzelnen politischen Organisationen ungeniert zu allgemeinpotischen Stellung beziehen dürfte.
Auch dieses sieht zumindest unser Präsidium anders.In dem Widerspruchsbescheid des Präsidiums betr. den Widerruf der Registrierung der JUSO-HSG heißt es unter anderem:
"Zum anderen hat sich die JUSO-HSG durch diese Publikation außerhalb des rechtlichen Rahmens begeben,der durch die §§ 28 und 30 HSG,nämlich die Wahrnehmung fachlicher,kultureller,hochschulpolitischer, sportlicher und sozialer Interessen,vorgegeben ist. ... Der entscheidende Unterschied zur früheren Rechtslage,daß die studentischen Vereinigungen entsprechend § 30 HSG an einen bestimmten gesetzlich in § 28 HSG definierten Rahmen gebunden sind."
Auf gut deutsch:Natürlich darf man als studentische Organisation zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung beziehen;nur muß man dann eben damit rechnen,daß einem der Geldhahn zugesperrt wird und man keine Räume mehr erhält.
aus AStA-Info Kiel 24.10.77

Kaum zu glauben:

30.10.77 Auf dem "Deutschlandtag" der "Jungen Union" präsentierte diese junge Garde der Reaktion - parallel zu der RCDS-Kampagne gegen die Studentenschaften - neue Frechheiten:
Der DGB und - wohl aus Paritätsgründen - auch die Unternehmerverbände sollen sich in Zukunft allgemeinpolitischer Äußerungen enthalten.
Verboten werden soll sicher auch die Parteinahme des DGB für ein politisches Mandat der Studentenschaften. Uns zeigen diese neuen Thesen, wo es lang geht!

Wehret den Anfängen !

Zum 1. Ordnungsverfahren an der MHL

Am 14.11. um 14³⁰ kommt in Haus 2 Zimmer 12 nach einem halben Jahr nun endlich "Butter bei de Fisch". Dann wird sich in der Verhandlung herausstellen, was wahr ist an den Horrorvisionen des Prof. Henßke (Orthopädie), der sich während des PJ-Streiks im SS durch ca. 50,vom damaligen stellvertr. AStA-Vorsitzenden Sebastian Stierl angeführte "ortsfremde mit Emblemen von K-gruppen dekorierte Personen" zu Üblem genötigt sah, nämlich u.a. "Diskussionen mit mir nur teilweise bekannten Personen zu führen." Diese und andere erschröckliche Details in einem Schreiben ans Präsidium reichten damals dem Kanzler v. Detmering aus, um,natürlich ohne vorherige Anhörung der anderen Seite, das 1. Ordnungsverfahren an der MHL einzuleiten.

Das ging gegen alle !

Diese Maßnahme, nach dem Rädelsführerprinzip einen Einzelnen herausgreifen und exemplarisch zu bestrafen, sollte disziplinierend auf a l l e wirken, denn die wachsende Entschlossenheit der Studenten, ihrem Unmut über die PJ-Misere in konkreten Aktionen Luft zu machen, hat im Präsidium sicher einige Geister in Bewegung gebracht. Aber anstatt sich mit unseren berechtigten Forderungen zu solidarisieren, zeigten die Präsidialen einmal mehr wes Geistes Kinder sie sind: mit dem Knüppel der Repression die aufflackernde Unruhe im Keim ersticken - so sollte es sein.

Solidarität ist unsere Kraft

Doch daraus wurde nichts - das Ding erwies sich als Rohrkrepierer:über Presse und Rundfunk, von ÖTV - Lübeck bis zum SPD-Kreisausschuß, mit über 1300 Unterschriften und 63 Selbstanzeigen und verschiedenen Aktionen bewiesen die Studenten und weite Teile der Öffentlichkeit nachdrücklich, daß sie nicht bereit sind, derartige willkürliche Unterdrückungsmaßnahmen widerspruchslos hinzunehmen. Die alte Forderung "Weg mit dem Ordnungsrecht" konnte nun am konkreten Beispiel belegt werden.

Persönliche Erfahrungen

Für viele Kommilitonen war dies die erste direkte Konfrontation mit der Repression des HSG und nicht wenigen fuhr der Schreck ganz kräftig in die Knochen. Doch im Gegensatz zur geplanten Wirkung, wuchs die Empörung und in den gemeinsamen Aktionen haben viele gemerkt, daß dies der einzige Weg ist, mit dem ständig wachsenden Druck von oben fertig zu werden.

Die Studenten der MHL haben sich nicht beeindrucken lassen. Sie haben sich gewehrt.

Die Wahl von Sebastian zum AStA-Vorsitzenden unterstrich diese Haltung nachdrücklich.

Die Reaktion der Herren

Durch die massive Solidaritätskampagne verunsichert, warf das Präsidium in hundertfacher Auflage an der MHL eine Mitteilung des KuMi unters Volk, die besonders den Angestellten (gemeint waren wohl die Assistenten!) die Wahrnehmung eines "allgemein-politischen Mandats" mit der Drohung disziplinarischer Maßnahmen untersagte. Mit dieser Aktion sollten die"Landesbediensteten" verunsichert, und von einer Parteinahme in der Auseinandersetzung abgehalten werden. In den Antwortschreiben auf die Proteste verschiedener Organisationen, wurde man von Seiten des Präsidiums dann auch recht deutlich. Im Brief an die ÖTV heißt es: "Das Präsidium weist jedoch die Einmischung in hochschulinterne Angelegenheiten und die Aufforderung der Nichtbeachtung des Gesetzes energisch zurück." Den Gipfel des Zynismus erreichen die hohen Herren allerdings im Schreiben an die Jusos, heißt es doch dort: "Es (das Ordnungsrecht) hat den Zweck, Studenten vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen,.."(!)Daß Sebastian für das 5-minütige Geplauder mit Prof. Henßke nicht wegen Hausfriedensbruch etc. in den Bau marschiert ist, dafür sollte er dem Präsidium auch heute noch auf Knien dankbar sein.



Ordnungsausschuß gestrichen!

Daß diese eigentümlichen Vorgänge aber selbst bei der sonst eher konservativen Professorenschaft nicht ohne Echo geblieben sind, zeigte

sich auf der Senatssitzung am 20.7., bei der die neue Verfassung der MHL zur Beschlußfassung vorlag. Da staunten die Herren vom Präsidium nicht schlecht, als mit Unterstützung einiger Professoren der Ordnungsausschuß schlicht und einfach gestrichen wurde. Es half auch nichts, daß das Präsidium "rechtliche Bedenken" anmeldete - das war eine deutliche Quittung für die Vertreter der "Knüppel aus dem Sack" -Ideologie! Schon vorher war bei der fällig gewordenen Neuwahl eines Professorenvertreters im Ordnungsausschuß deutlich geworden, daß dieser finstere Job sich keiner besonderen Beliebtheit erfreut. Nach einigem Hin und Her wurde ein <u>nicht anwesender</u> Kandidat (Prof.Pribilla) dazu verdonnert, nachdem Prof. Lorentz(!!) als Vertreter abgelehnt worden war. So muß denn Pribilla ohne Vertreter das Fähnlein der Auf<u>rechten</u> hochhalten.

Hoffnung für die Zukunft?

Diese Vorgänge im Senat zeigen immerhin, daß auch auf Seiten der Professoren noch Leute gibt, mit denen man reden kann, die, wenn auch nicht gerade fortschrittlich, so dennoch ein Gefühl für gewisse Grenzen haben. Ein Erfolg, der hoffen läßt! Wir sind gespannt, mit welchen Mitteln das Präsidium nun versuchen wird, seinen "rechtlichen Bedenken" Geltung zu verschaffen - und wie weit die Professoren bereit sind, zu ihrer Entscheidung zu stehen. Am 14.11. geht es nun darum, den ganzen Spuk der Lügen und Verdrehungen vom Tisch zu fegen. Das Teuflische ist aber, daß von dem ganzen Dreck, der bisher ausgeschüttet worden ist, nachher immer was hängenbleibt. Der Rückzugstaktik des Präsidiums, die ganze Angelegenheit als "halb so schlimm" darzustellen, weil ja die Wahrheit doch obsiegen werde, müssen wir massiv entgegentreten. Das Ordnungsrecht in seiner Anwendung ist kein Kavaliersdelikt! Die mehrere hundert Mark Anwaltskosten allein, die die Studentenschaft in einer solidarischen Sammelaktion gemeinsam aufbringen sollte, sind dafür Beweis genug. Die Konsequenz aus dem 1. Ordnungsverfahren in Lübeck heißt: Widerstand ist möglich und nötig - nötiger, denn je!

Unser Kommentar: Streik!

Was man kaum für möglich hält: die Novellierung des HSG bringt eine weitere Verschärfung des Ordnungsrechts! Nach dem neuen Entwurf des Dr. Braun soll nun bei erheblicher Behinderung des Hochschulbetriebs (=Streik) der "Störer" ohne ordentliches Verfahren vom Ordnungsausschuß <u>sofort</u> bis zum Semesterende exmatrikuliert und seiner Ämter (AStA etc) enthoben werden. Übertragen auf das hiesige Beispiel läuft es einem dabei kalt den Rükken runter - diesmal hat es 6 Monate bis zum Verfahren gedauert....
Gegen diese aberwitzige Eskalation des Ordnungsrechts werden wir uns wehren. Der Streik Ende November bietet Gelegenheit, dem KuMi zu zeigen, was wir von seinen "studentenfreundlichen Regelungen" halten. Wir haben da so unsere Erfahrungen.... !

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

1 Jahr PJ an der MHL – noch immer kein Curriculum !!

Mit großem Aufwand hat die PJ-AG (studentische Arbeitsgruppe zu Problemen des Praktischen Jahres) die "Richtlinien für die Ausbildung im 3.Klinischer Studienabschnitt" erarbeitet, um endlich die Disku Diskussion um ein Curriculum(Lehrplan über Form und Inhalt der Ausbildung) für das PJ hier an der Hochschule in Gang zu bringen. Alle medizinischen Fachschaftender BRD wurden angeschrieben, 14 Fachbereiche schickten die dort existierenden Unterlagen. Aus diesen Materialien wurde unter Berücksichtigung der spezifischen Lübecker Verhältnisse der Vorschlag für die Richtlinien erstellt und dem Zentralen Studienausschuß (ZStA) vorgelegt.

Verschleppung im ZStA

Obwohl bereits zu Beginn des SS beantragt, fand die ZStA-Sitzung erst am 6.7. statt. Auf Druck der studentischen Vertreter wurde dort beschlossen die Richtlinien an alle Abteilungsleiter mit Bitte um Stellungnahme zu schicken .7 Stellungnahmen sind seitdem eingegangen. Die zweite Sitzung des ZStA (19.7.77) brachte wiederum keine inhaltliche Diskussion! Statt dessen wurde eine neue Kommissio eingesetzt, die"die bisherigen Erfahrungen bei der Durchführung des PJ auswerten und einen Vorentwurf der Richtlinien erarbeiten" sollte.

- Eine Erfahrungsauswertung ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen. Die Abteilungsleiter (nicht die Ober- und Stationsärzte) wurden erneut angeschrieben, aber es hat erst einer geantwortet!
- Die Erarbeitung eines Richtlinienentwurfs ist bis jetzt nicht vorangekommen, obwohl ein sehr detaillierter Vorschlag der Studenten seit über einem halben Jahr vorliegt.

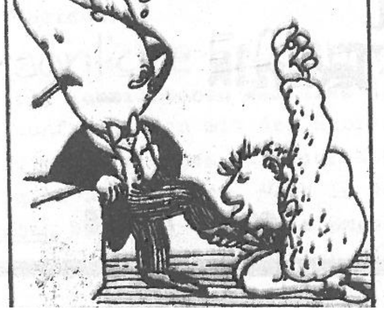
Dieses zähe Vorgehen hat offen erkennbare Ursachen Unter den Professoren herrscht gegenüber Richtlinien reichliche Ablehnung ("unnötige Reglementierung des Selbstverständlichen" etc.) Sie sehen die Mängel des PJ ausschließlich in der räumlichen Ausstattung, in dem Zeitmangel der zuständigen Dozenten sowie in der viel zu geringen Bettenzahl.

Die unzureichende Absicherung des PJ zeigt sich auch darin, daß (z.B. in Pädiatrie und Chirurgie) die 2o Stunden Anwesenheit pro Woche intern mit einem Schichtdienst geregelt werden: ein Paar Wochen à 4o Stunden, dann entsprechend freie Wochen. Besonders wichtig, daß in der Chirurgie eine sinnvolle Ausbildung nur bei entsprechender Gruppenaufteilung funktioniert, d.h.wenn die eine Gruppe frei hat, hat die andere Dienst, sonst wären nicht genug Aufgaben vorhanden, obwohl jetzt erst 17 von später 4o PJ-lern in der Chirurgie arbeiten!!

Obwohl diese Argumente an sich stimmen, is es unhaltbar sie gegen die Richtlinien anzuf Es geht ja nicht darum, jede Stunde des PJ nach Form und Inhalt festzulegen, sondern Rahmenbedingungen zu schaffen, aus denen für Dozenten (und das sind auf den Stationen schließlich nicht die Abteilungsleiter) und Studenten ersichtlich ist, welche Inhalte erwartet werden können. Für einen Studienabschnitt,der nicht abgespult wird wie ei systematische Vorlesung, ist es gerade auch für die Studenten wichtig, Anhaltspunkte für die vie beschworene Eigeninitiative zu haben.

Daß diese Positionen von den Pj-lern noch nicht konsequent vertreten wurden, liegt nicht zuletz an der enormen Vereinzelung, die das PJ mit sich bringt. Man wurschtelt vor sich hin, rechnet den Frust vor allem sich selbst zu und richtet sich mit der 2o Stunden-Woche ein.

Um diese Isolierung zu überwinden schlägt de AStA ein Treffen aller PJ-ler vor, auf dem eventuell ein regelmäßiger Kontakt vereinbart werde kann. Es ist sicher für jeden PJ-ler interessan zuerfahren, was ihn in der nächsten Abteilung, der er arbeiten wird, erwartet.





Studentenschaftsbeiträge erhöht! Warum?

Die Situation

Am 22.7.77 beschloß das Studentenparlament der MHL, die Studentenschaftsbeiträge ab WS 77/78 von 5,70 DM auf 7,50 DM zu erhöhen. Vorausgegangen war die Ankündigung des Präsidiums, daß der ASTA in Zukunft die Telefon-und Portogebühren selbst, d.h. aus den Beiträgen der Studentenschaft tragen muß. Ein Blick auf die Finanzübersicht für das kommende Semster zeigt, warum das die Erhöhung der Beiträge nötig machte.

Einnahmen	
Beiträge (350 x 7,50)	2625,00
Saldo SS 77	300,00
	2925,00
Ausgaben	
VDS-Beiträge	300,00
Telefon/Porto	650,00
Büromaterial	800,00
Fotokopien	500,00
Reisekosten	1675,00
	2925,00

(Dabei wird davon ausgegangen, daß der Verkauf von Skripten und die Herausgabe des SpriPu kostendeckend erfolgt.)
Der zusätzliche Posten in der Ausgabenliste, eben die Kosten für Telefon und Porto, schluckt voll die durch die Erhöhung zusätzlich in die Kassen fließenden Einnahmen. (350 x 1,80 = 630,00 DM, voraussichtliche Kosten für Telefon/Porto: 650,00 DM)

Der Vorgang

Den geltenden Rechtsvorschriften entsprechend beantragte der ASTA beim Kü Mi, diese Gebührenerhöhung zu genehmigen. Eine solche Genehmigung ist notwendig, weil der KuMi die RECHTS-aufsicht (es gibt in der juristischen Terminologie neben der Rechtsaufsicht auch noch eine Fachaufsicht, die in diesem Fall die Studentenschaft selbst wahrnimmt!) über die verfaßte Studentenschaft und ihre Organe führt.
Die verfaßte Studentenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, der alle Studenten einer Universität zwangsweise angehören. Als solche ist sie beitrags- und satzungsautonom und kann folglich machen, was sie will - allerdings nur im Rahmen gültiger Rechte und Gesetze. Damit dies der Fall ist, übt der KuMi seine Rechtsaufsicht aus.

Nun hielt es die Studentenschaft der MHL für richtig und nötig, dem KUMI eine Satzung zu präsentieren, die sich nicht im Einklang mit geltendem Recht befand, und folglich von diesem auch nicht genehmigt wurde. (Eine Klage beim Verwaltungsgericht, die gegen eine solche Entscheidung prinzipiell möglich ist, hätte da auch nicht weitergeholfen, weil sich die Auffassung der Studenten über eine solche Satzung und die des geltenden Rechts halt doch zu sehr unterscheiden!)
Also gibt es keine Satzung der verfaßten Studentenschaft der MHL (obwohl diese anerkanntermaßen existiert!) und logischerweise auch keine Rechtsgrundlage, auf der der KuMi über unser Ansinnen der Beitragserhöhung hätte befinden können.

Die Konsequenz

Aus alldem folgt, daß wir eigentlich keine Beiträge einziehen können- keine Zwangsbeiträge wohlgemerkt. Der Staat stellt uns im Falle der hartnäckigen Weigerung eines Kommilitonen, die 7,50 zu berappen seinen Kuckuck nicht mehr zur Verfügung, weil wir seine Bedingungen für eine Satzung nicht akzeptiert haben. Aber: Er kann die verfaßte Studentenschaft natürlich nicht hindern, von ihren Mitgliedern freiwillig die nötigen Finanzen einzufordern!

Mit diesem faulen Trick soll die Studentenschaft der MHL zur Aufgabe ihrer Satzung (mit polit. Mandat, Vollversammlung, Urabstimmung, Finanzhoheit etc.) gezwungen werden!
Wir meinen: die Satzung ist in einer Urabstimmung von 90% der Studenten (62% Wahlbeteiligung) verabschiedet worden. Wir stehen dazu. Jedes Überweisungsformular ist ein Stimmzettel für eine starke und autonome verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat!

Mit dem RUSSEL-TRIBUNAL gegen Berufsverbote und den Abbau der Menschenrechte in der BRD!

Dokumentation am schwarzen Brett neben dem AStA-Büro!

Langsam sickern die ersten Mitteilungen über die Vorbereitungen zum III. Russel-Tribunal auch in die Spalten der bürgerlichen Presse - Meist verkürzt oder verfälscht (so SZ am 18.10.77) - aber immerhin. Die stark angewachsene Unterstützungsbewegung hat mit ihren "Einbrüchen" in das Lager der staatstragenden Parteien eine Auseinandersetzung unumgänglich gemacht. Mit völlig überdrehten Unterstellungen ("durchsichtige propagandistische und ...ländlerische Absichten") versucht denn ... Brandt seine Schäfchen (insbesondere Jusos, die den Aufruf unterzeichnet haben) bei der Stange zu halten. Die Aufregung in Regierungskreisen ist verständlich, geht es dem Russel-Tribunal doch darum, die Flut von Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen in der BRD, allen voran die international berüchtigten Berufsverbote, mit der hohen moralischen Autorität der von Nobelpreisträger Bertrand Russel eingerichteten Stiftung auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen. Da sich die beiden vorhergehenden Tribunale mit Vietnam und den Ländern Lateinamerikas beschäftigt (und damit in der Weltöffentlichkeit große Erfolge erzielten) wird die Einberufung des III. Tribunals in die BRD von einigen Kritikern als eine Gleichstellung der BRD mit Vietnam und Chile (so W.Brandt) angesehen. Diese Unterstellung weist das von der in Berlin eingesetzte Vorläufige Sekretariat zur Vorbereitung des Tribunals mit Entschiedenheit zurück. Die zahllosen der Stiftung vorgelegten Unterlagen über Verstöße gegen die Menschenrechte ließen sie jedoch zu dem Schluß kommen, "daß in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrükkung und Einschüchterung gekennzeichnet ist, und daß alle Umstände mit größter Sorgfalt untersucht werden sollten". (Aus dem Aufruf der Russell-Stiftung Feb.77) Dabei hat das Tribunal die Aufgabe, "die Besonderheiten der politischen Auseinandersetzung in der BRD zu untersuchen, die besonderen ... in denen hier mit den Menschenrechten, mit den Menschen umgegangen wird und die möglichen Auswirkungen, die dies für die anderen Staaten Westeuropas haben kann. (Rundbrief Nr.4)

Nachdem die "Bewältigung" des Nazitums in der BRD nicht gerade vertrauenerweckend praktiziert wurde (die Haltung der Regierung und der Presse im Fall Kappler war wohl Bestätigung für diese Bedenken) wird ein "Modell-Deutschland" aus Berufsverboten, ..., Kontaktsperregesetz, Einschränkung der Verteidigerrechte, ... an den Hochschulen, etc. in zunehmendem Maße zu einem unheimlichen Faktor. Ein erschreckender Beweis für die Notwendigkeit eines solchen Tribunals bildet nicht nur die skandalöse "Sympathisanten-Hetze" im Gefolge der Terrorakte gegen unzählige konsequente Demokraten, sondern auch ein Fall aus der Unterstüzungsbewegung selbst: die Jungdemokraten, Jugendorganisation der FDP, zogen ihre Unterschrift unter den Aufruf der Russell-Stiftung zurück, "da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet." (aus dem Beschluß des Hauptausschusses vom 16.10.77)

Wenn diese Worte an Deutlichkeit auch nichts zu wünschen übrinlassen, so darf die Konsequenz für jeden, der die Demokratie noch nicht verlorengegeben hat, nicht in Rückzug liegen. Im Gegenteil: Wir sollten die Durchführung des Russell-Tribunals durch Unterschriften und Spenden unterstützen!

Kommilitonen, es ist allerhöchste Zeit, etwas gegen die Unterdrückung von Kritik und alternativen Gesellschaftstheorien zu unternehmen. Wie lange wollt ihr noch warten? Was muß erst noch geschehen?

In Lübeck gibt es zwei Initiativen, die sich mit dem Problem Berufsverbote etc. beschäftigen:

- Initiative gegen Berufsverbote
  Kontaktadr.: Timm Garde, HL, Dankwartsgrube
  Tel. 78568
- Initiative zur Vorbereitung des III. Russell-Tribunals Do. 19 Uhr



BAFÖG-Strukturnovelle *

Im Rahmen der Diskussion um eine grundlegende "Reformierung" der Ausbildungsförderung, eine Bafögstrukturnovelle soll noch Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres verabschiedet werden, sind zur Zeit vor allem zwei Modelle in der Diskussion:

Modell A ist der von den Unternehmerverbänden und der CDU-Hessen entwickelte Vorschlag für jeden Studenten kostendeckende Studiengebühren wieder einzuführen. Diese Studiengebühren und die Lebenshaltungskosten sollen dann von Studenten aus sozial schwächeren Familien über ein Darlehen, das später zurückgezahlt werden muß, gedeckt werden.

Dieses Darlehens-Gebührenmodell würde mit Sicherheit seinen Zweck erfüllen, Abiturienten von einer Studienaufnahme abzuhalten aus Angst vor einer zu großen finanziellen Belastung. Damit würde die eigentliche Aufgabe der Ausbildungsförderung, die Kompensation sozialer Benachteiligung, zu einer besonderen Belastung sozialbedürftiger Studenten verkehrt.

Modell B ist der von der Mehrheit einer Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission entwickelte Vorschlag. Dieser Vorschlag ist der politisch relevantere, was aber nicht bedeutet, daß er akzeptabel ist.

Das Modell beinhaltet eine finanzielle Umstrukturierung der Ausbildungsförderung. Gegenwärtig werden 1,8 Milliarden für die Förderung nach Bafög, 800 Millionen für Kindergeld für Studenten und 520 Millionen Steuerfreibetrag für die Eltern studierender Kinder ausgegeben.

Der Änderungsvorschlag sieht Folgendes vor:

-Kindergeld und Steuerfreibeträge, die sich vor allem für Höchstverdiener günstig auswirken, sollen in Zukunft ab Erreichen der Volljährigkeit nicht mehr gewährt werden.

- Zum Ausgleich wird für alle Studenten ein familienunabhängiger Sockelzuschuß in Höhe von 170 DM eingeführt. Dieser Sockelzuschuß soll nur für eine bestimmte Regelstudienzeit (!!!) gewährt werden.

-Zum Sockelzuschuß wird entsprechend der gegenwärtigen Bafögförderung ein familienabhängiger Zuschuß gewährt. Die Summe aus Sockelzuschuß und Bafögzuschuß muß dann über dem gegenwärtigen Höchstsatz von 580 DM liegen.

-Unter der von der BLK-Kommission gemachten Annahme, daß die Ausbildungsförderung finanzneutral umstrukturiert wird, würde auf den Sockelzuschuß von 170 DM im Durchschnitt ein Zuschuß nach Bafög in der Höhe von 350 DM gewährt, so daß sich die Durchschnittsförderung von Bafögempfängern von 450 auf 520 DM erhöhen würde.

Das Förderungsvolumen, also die Mittel, die für die Ausbildungsförderung ausgegeben werden, bleiben bei diesem Modell gleich. Dies war auch die Intention, nachdem für das angenommene ins "uferlose" wachsende Volumen der Ausbildungsförderung drastische Einsparungsmöglichkeiten gesucht wurden.

Für den Studenten erscheint dieses Modell auf den ersten Blick attraktiv, doch es bietet Gründe genug zur Kritik:

- der Darlehensanteil bleibt bestehen
- die Regelstudienzeit soll nun auch über
-diesen Weg durchgesetzt werden
-real wird die Förderung um keinen Pfennig erhöht
-eine solche Umstrukturierung ermöglicht den Herrschenden ideale Kürzungsmöglichkeiten

Wir fordern, daß die aus einem Wegfall der Steuerfreibeträge freiwerdenden Mittel ausschließlich zur Erhöhung des Elternfreibetrages und der Höchstbeträge verwendet werden und außerdem eine jährliche Anpassung, die sich nicht an finanzpolitischen Kriterien sondern am realen Bedarf der Studierenden orientiert, gewährleistet ist.

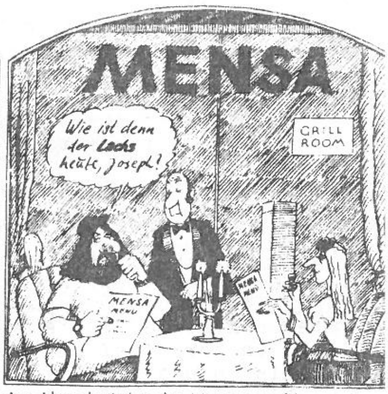
...m Cartoonisten Hans Trax ist es für die Zeitschrift ...RDON gelungen, das wah... Leben der Studenten an ...eren Unis aufzuspüren:



Es horcht bis 12 an den Matratzen der Herr Student mit seinen Katzen dann wird gefrühstückt, dann lobt man den Osten



Dann steigt eine Demo, sie verlangen mehr Mäuse provozieren die Bürger in ihrem Gehäuse und wieder einmal freut sich der Osten auf unsere Kosten ...



Am Abend wird in der Mensa geschlemmert bis daß der nächste Morgen dämmert und wieder mal lacht sich ins Fäustchen der Oste auf unsere Kosten! Und damit das nicht so weitergeht wird der BAFöG-Hahn jetzt zugedreht.

Worum geht's beim HRG?

So fing die „Reform" an...

Nach dem Wiederaufbau der BRD-Wirtschaft zeigte sich Mitte der sechziger Jahre die erste ernste Krise. Damals wurde es als notwendig für die Weiterentwicklung der Produktionskräfte erkannt, daß mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte "produziert" werden müssen.
Die daraufhin angekurbelte Bildungskampagne zeigte allerdings bald Tendenzen zur Verselbstständigung: Sie ging mit ihren Forderungen nach Demokratisierung (nicht nur) des Bildungswesens, der Orientierung der Bildungsinhalte an den Bedürfnissen der Bevölkerung statt an den Verwertungsinteressen der Wirtschaft weit über das hinaus, was für die out-put-Planer in den Kultusbürokratien Ziel gewesen war. Besonders die Studentenbewegung um '68, aber auch die allgemeine Unzufriedenheit nach 2o Jahren CDU-Regierung schienen eine nicht nur auf das Bildungssystem zielende Demokratisierung bewirken zu können. Die großen Reformversprechen waren der Haupttrick, um diesen Veränderunds-Elan zu bremsen. Auch das HRG sollte, so etliche frühe Versprechungen, wesentliche Fortschritte auf dem Wege zur Demokratisierung des Hochschulbereichs bringen.

... und das kam dabei raus :

In den jahrelangen Diskussionen konnten aber weder gewerkschaftliche noch studentische Forderungen eingebracht werden. Im Gegenteil - Das große Roll-Back begann:
Was an Muff unter den Talaren aufgestöbert worden war, soll nun wieder installiert werden (KuMi Braun nennt sowas z.B. zur Begründung seines neuen HSG "Zentralisierung der Verantwortung")
Selbst Reformuniversitäten wie Bremen sollen in die Steinzeit der Ordinarien-Universitäten zurückversetzt werden. Es geht darum, den gesamten Hochschulsektor so zu formieren, daß

1. ein mengenmäßig steuerbarer out-put erzeugt wird
2. die Inhalte der Ausbildung nach den Bedürfnissen der Wirtschaft festgelegt werden
3. die Kosten dieses Bereichs soklein wie möglich gehalten werden, d.h.,möglichst nur Dinge gefördert werden, die direkt und indirekt für die wirtschaftliche Produktion und Profiterwirtschaftung verwertbar sind.

Diese Ziele werden auf mehreren Wegen angesteuert:

1. Die Gesamthochschule wird nicht verwirklicht.
   Durch die weiter starr getrennten Hochschulbereiche (z.B.Fachhochschule/Uni) ist ein genaues Kalkulieren des out-put auf den verschiedenen Ebenen möglich. Für einen "Ing.grad." soll es z.B. in der Regel unmöglich sein, weiter zu studieren und "Dipl.Ing." zu werden. Die Entwicklungsfähigkeit der Studenten wird abgewürgt.
2. Die Studienreformkommission
   soll die Inhalte des Studiums genau festlegen. So wird gewährleistet, daß nichts "Unnützes" (z.B.Kritikfähigkeit) gelehrt wird. Sie soll vierung). Die Arbeitgeberverbände versprechen sich hier als "Berater aus der Praxis" großen Einfluß.
3. Die Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation sorgen für eine Verkürzung und damit Verbilligung des Studiums. Der ungeheure Leistungsdruck erzeugt zusätzlich Anpassung und unkritisches Denken.
4. Demokratisch nicht kontrollierte Drittmittelforschung (d.h.Forschung in der Hochschule im Auftrage der Industrie) schafft eine weitere Möglichkeit zur Einflußnahme der Industrie.

Um diese Ausrichtung der Hochschule auf die Interessen der späteren Verwertung ihrer Produktion durch die Wirtschaft auch durchführen zu können, müssen entsprechend undemokratisch und autoritär geführt werden:

1. Die Mitbestimmung wird nicht eingeführt (bzw. wieder abgeschafft). Das Konzept der Drittelparität(1/3 lehrende Arbeitnehmer
   1/3 nicht lehrende Arbeitnehmer
   1/3 Studenten)
   wird zu gunsten der absoluten Professoren-Mehrheit in allen wichtigen Fragen aufgegeben. Durch das Berufungssystem ist gesichert, daß man in Professoren-Kreisen "unter sich bleibt"
2. Die Studenten sollen mundtot gemacht werden Die Verfaßte Studentenschaft(VS) ist nicht geschrieben. Wer glaubt,sich die Abschaffung leisten zu können (z.B.Bayern und BaWü), hat dazu die Möglichkeit. Wer das nicht glaubt,
   nimmt der VS das politische Mandat; ohne gesellschaftliche Einordnung sind die Proteste der Studenten leichter zu isolieren.
   Studenten, die trotzdem noch aufmüpfig sind, werden per Ordnungsrecht mit Relegation bedroht